

## Niemand hat die Absicht...



... Studiengebühren wieder einzuführen? Christian Lindner, FDP Fraktionsvorsitzender, im Gespräch mit Studierenden (Foto: rod)

**Ein trister Freitagmorgen. 40 Studierende stehen vor einer Düsseldorfer Jugendherberge im Stadtteil Oberkassel. Es geht um Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen. Bereits Ende April hatten Studierendenvertretungen des Landes in Düsseldorf gegen jegliche Bildungsgebühren demonstriert. CDU und FDP haben jetzt beschlossen, das Modell Baden-Württemberg einzuführen. Eine Reportage.**

Übermüdet und ohne Aussicht auf Kaffee sitzen die Studierenden aus NRW in Düsseldorf, um auf die fünfte Runde der Koalitionsverhandlungen zwischen FDP und CDU zu warten. Spontan hat die Initiative Compact zur Kundgebung gerufen, um Armin Laschet (CDU) eine Unterschriftensammlung gegen Studiengebühren zu übergeben. Bislang haben 41.286 Menschen die Petition unterschrieben (Stand: 12. Juni), Tendenz steigend. Zur Verdeutlichung des Protestes haben die Studierenden und die Initiative auch gleich einen Berg voller Schulden mitgebracht, aus Jutesäcken, gefüllt mit Zeitungspapier.

### Studierende konfrontieren Christian Lindner

Minuten später, nachdem sie die Säcke noch mit einer „Schulden“-Schablone besprühen, liegen auch schon drei Studierende unter dem scheinbaren Geldberg, erdrückt von Stress, besorgt um ihre Gesundheit. Währenddessen spricht Katrin Lögering, Sprecherin des Landes-ASten-Treffen NRW. Sie ist ruhig, sachlich: „Es ist egal an welcher Stelle im Studium Gebühren bezahlt werden sollen. Für uns sind Gebühren für die Bildung, Gebühren für die Bildung“. Sie fordert Laschet persönlich auf, sich an seine Basis zu halten, die Studiengebühren ausgeschlossen hat.

Anschließend greift Marcus Lamprecht (Grüne Hochschulgruppe Duisburg-Essen) zum Mikrophon: „Wir müssen auch für die künftigen Studierenden ein Zeichen setzen“, sagt er entschlossen und fügt in Voraussicht hinzu: „Wir müssen dafür sorgen, dass auf gar keinen Fall Studiengebühren eingeführt werden – nicht hier, nicht in Baden-Württemberg, nicht für ausländische Studierende, nicht nach dem Studium, nicht vor dem Studium, nicht während des Studiums.“

Als dann um kurz vor 10 Uhr Christian Lindner, Fraktionsvorsitzender der FDP, eintrifft und sich den Demonstrierenden für zwei Minuten stellt, sieht man ihm an, dass er nicht oft mit Protest konfrontiert ist. Er versichert: Der FDP sei es nie um Studienbeiträge als Selbstzweck gegangen, viel mehr um die „schlechten Studienbedingungen“, die durch die Abschaffung der Studiengebühren 2010 entstanden seien. „In keinem Land sind die [...] so gesundheitsgefährdend wie in NRW“, sagt er. Eine Demonstrantin fragt ihn daraufhin: „Und mit massiven Schulden im Lebensstart lebt man gesünder?“ Eine Antwort blieb Lindner ihr schuldig.

### Weltoffenheit: Nicht bei Studiengebühren

Erst nachdem alle Politiker\*innen in die Jugendherberge verschwinden, endet auch der Protest. Die Diskussionen hingegen geht weiter: Zwischen Jungen Liberalen und den Demonstrant\*innen. Auch Alexander Steffen (Liberaler Hochschulgruppe Duisburg-Essen) ist dort und beobachtet die Versammlung. Wie sich später heraus stellt, werden FDP und CDU Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer\*innen und Zweitstudierende – wie in Baden-Württemberg (aktuell berichtete) – einführen. Das verkündete Christian Lindner am Nachmittag auf Twitter. Steffen sagt, das sei nicht der Wunschkompromiss. Den Vorwurf des

### Gegen Abschiebung



Sie ist in Deutschland geboren und aufgewachsen, dann wurde Bivsi vor zwei Wochen abgeschoben. Mehr dazu auf **Seite 4**

### Gegen Verschwendung



Frisch, günstig, grün und bequem? Lebensmittelrettungs-Apps auf der **Seite 6** im Test.

### akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: [www.akduell.de](http://www.akduell.de). Auf Facebook findet ihr uns unter [www.facebook.com/akduell/](https://www.facebook.com/akduell/) und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

Rassismus weist er zurück: „Es geht natürlich nach Herkunft, aber es ist nicht rassistisch“, so Steffen. Die Motivation sei, mehr Geld für die Hochschulfinanzierung zu haben.

Der Bundesverband der ausländischen Studierenden (BAS) sieht das anders. Maimouna Ouattara, Sprecherin des BAS, war schon Ende April bei einer Demo gegen Gebühren in Düsseldorf empört über Gebühren in Baden-Württemberg. Mit den internationalen Studierenden gesprochen haben weder FDP noch CDU: „Wir sind verärgert [...], dass hier nicht mehr sachorientierte Politik betrieben, sondern Politik zu Lasten von Minderheiten hoffähig gemacht wird“, sagt Younouss Wadjiny, Referent für Integration und Antidiskriminierung des BAS.

„Studiengebühren für ausländische Studierende senden ein Signal in die Welt: Wir wollen euch nicht“, sagt er und betont, dass es nicht nur eine soziale Ausgrenzung sei, sondern auch zum Nachteil deutscher und europäischer Kommiliton\*innen gehe, weil „die Internationalisierung der Hochschulen“ torpediert werde. Für den BAS, aber auch für die Protestierenden, ist der Kampf damit nicht am Ende. Sie wollen gegen die Campus-Maut mobil machen. Seite an Seite mit ihren internationalen Kommiliton\*innen. **[rod]**

**Kommentar****Law and Order statt Hilfe**

Ein Kommentar von Maren Wenzel

Drogenkonsumierende auf dem Campus Essen: In einem Rundschreiben an die Mitarbeitenden wurden Maßnahmen vorgestellt, wie man mit der „unerlaubten Nutzung“ des Geländes umgehen wolle. Und die sind unter anderem: rund um die Uhr Wachpersonal, Zugangskontrollen an den Eingängen, Polizeistreifen auf dem Campus. Empathie mit den Betroffenen gleich Null.

Die Universität ist also kein abgeschlossener Kosmos, an der gesellschaftliche Einflüsse an einem unsichtbaren Schutzschild abprallen? Das geht anscheinend gar nicht. Tenor: Gesellschaft ja, aber nur, wenn sie gerade keine „Probleme“ macht. Es ist verständlich, dass eine Universität seine Mitarbeitenden im Sinne des Arbeitsschutzes schützen muss. Eine Infektion durch Verletzung an einer Spritze wäre schlimm, Angriffe durch aggressive Menschen ebenso. Aber ist harte Verdrängung die Lösung? Denn genau das sollen die Maßnahmen – die ohne belastbare Zahlen der tatsächlichen Nutzung der Uni als Konsumort angeordnet wurden – erreichen. Wäre die Universität ehrlich, würde sie sagen: „Wir bauen jetzt Zäune, Schranken, Schwarzlicht ein. Und zeigen, dass ihr Junkies hier nicht willkommen seid. Geht woanders fixen. Und wenn sich da eine\*r an euren Nadeln verletzt, ist das nicht mehr unser Problem.“

Die einzige Anweisung im Sinne der Konsumierenden ist der Ruf eines Rettungsdienstes für verletzte Personen. Alles andere wäre aber auch schlicht rechtswidrig, wegen unterlassener Hilfeleistung. Ansonsten sollen die Mitarbeitenden bloß Abstand halten. Aber, aber! Man arbeite ja auch mit der Suchthilfe Direkt GmbH von der Stadt zusammen, die im Umfeld Spritzen einsammelt, so die Uni. Hier ein Tipp an die Uni: Die können tatsächlich mehr als nur Besteck einsammeln. Etwa im Drogenkonsumraum, wo unter hygienischen Bedingungen und unter medizinischer Aufsicht gespritzt, genommen und geraucht werden kann. Da werden Leben gerettet. Doch werden Konsumierende an der Uni darüber informiert?

Das Schreiben des Kanzlers macht fassungslos. Statt verantwortungsvoll mit dem „gesellschaftspolitische[n] Problem“ umzugehen – etwa durch soziale Straßenarbeit oder sichere Entsorgungsmöglichkeiten für Besteck – setzt man auf Law and Order-Maßnahmen. Und das an einer Hochschule, an der man Soziale Arbeit studieren kann. Aber statt mit dem Studiengang zu kooperieren, holt sich die UDE lieber die Polizei auf den Campus.

# Massenhaft kritisch

**Seit 200 Jahren gibt es das Gefährt mit zwei Rädern, das damals die Kutsche ablöste und Pferde aus der Knechtschaft, Menschen zu transportieren, befreite. Dann wurde das Auto für die Allgemeinheit erschwinglich – und das Fahrrad zur Nebensache. In der Critical Mass-Bewegung erobern sich Radfahrende Räume in der städtischen Infrastruktur nun zurück.**

Jeden zweiten Freitag im Monat, so auch am vergangenen 9. Juni, trifft sich der Essener Ableger der Critical Mass-Bewegung zum gemeinsamen Radsport durch die Stadt. Der Willy-Brandt-Platz vor dem Hauptbahnhof dient ab 19 Uhr als Anlaufstelle für alle, die Spaß daran haben, im Verband Fahrrad zu fahren. „Hier gibt's keine Organisatoren oder Veranstalter“, erläutert ein Fahrradaktivist unter aufgeklartem Himmel am Treffpunkt, wo sich nach und nach etwa 150 Personen mit teilweise selbstgebastelten Fahrrädern einfinden. „Wir sind ein Schmelztigel aus Einzelpersonen, Fahrradinitiativen und Umweltaktivisten,“ führt er fort. Und Jede\*r mit Rad soll sich dem anschließen können. Wer vorn fährt, bestimmt, wo es lang geht – und das manchmal zwei Stunden lang.

Besonders profitiert das monatliche Event von der gesetzlichen Regelung, dass ab 15 Personen im sogenannten Verband gefahren wird. Der Verband ist dann wie ein einziges Fahrzeug im Straßenverkehr. Dazu gehört auch, dass beispielsweise bei einem eintretenden Wechsel der Ampelschaltung von grün zu rot während des Überquerens der Straße die geschlossene Formation trotzdem weiter fahren darf.

**Von San Francisco bis Essen-Mitte**

Begonnen hat die Critical Mass-Bewegung 1992 in San Francisco, seitdem ist meist der letzte Freitag im Monat weltweit zum Radfahrtag mutiert. In Essen gibt es das Event seit sieben Jahren, angefangen hat die Bewegung mit 15 Leuten. Seit Ende vergangenen Jahres hält sich die Polizei komplett aus der Veranstaltung heraus, nachdem es im Sommer 2016 von Seiten der Polizei zu Ausschreitungen gegen das Essener Event gekommen war und die Medienöffentlichkeit sich scharf auf die Seite der Fahrradaktivist\*innen schlug. Das Verhalten der Polizei in verschiedenen Städten folgt keiner einheitlichen Linie, teilweise sperrt sie beispielsweise mit einer Fahrradstaffel die Formation ab, was laut eines Anwesenden ansonsten von den Teilnehmenden übernommen wird. In anderen Ländern wurde – das Fahrradfahren im Verband sogar vollkommen zerschlagen, besonders wenn es als Protest zu politischen Themen genutzt wurde, wie 2004



Die Kritische Masse in Essen am 9. Juni auf dem Willy-Brandt-Platz. (Foto: lys)

in San Francisco gegen die Bush-Regierung.

Die Anzahl der Teilnehmenden in Essen bestätigt: Critical Mass hat sich auch hier etabliert. Viel geändert an der Situation für Radfahrer\*innen hat sich bisher trotzdem nicht, was einige Teilnehmende angesichts des Grüne Hauptstadt Europa-Labels kritisieren. Schon die Mobilitätsstudie von Greenpeace aus dem Jahr 2014 kritisierte auch im Raum Essen die schlechten Fahrradwege und teils gefährliche Strecken, die zu Kollisionen mit Autofahrenden oder Fußgänger\*innen führen können. Anwesende der Critical Mass-Veranstaltung in Essen berichten außerdem von „huckeligen Strecken“, „schlechte[r] Beleuchtung“ und „fehlenden Markierungen“. „Ist echt ein Abenteuer, in Essen zu fahren“, kommentiert eine ältere Dame und spricht von der Zeit nach dem Krieg. „Damals gab es mehr Fahrräder als Autos, es gab breitere Straßen und mehr Radwege. Das wurde zugunsten der Autofahrer verringert.“ Beispielsweise würden Fahrradwege zu Parkplätzen, und mittlerweile müsse zu jedem Straßenbau extra ein solcher beantragt werden, anstatt dass ein Radweg selbstverständlich zum Stadtbild dazu gehört.

Auch deswegen finden sich die Fans des muskulbasierten Antriebs regelmäßig zusammen. „Es geht ja nicht darum, den Autofahrern auf die Nerven zu gehen“, so ein Teilnehmer, „sondern die kritische Masse auf die Straße zu bringen. Im Alltag sind nur einzelne Räder sichtbar. Aber wir sind viele, auch wenn wir nicht viel Raum beanspruchen.“ Andere Aktivist\*innen erklären, dass sie zeigen wollen, dass Radfahrende zum Straßenverkehr dazu gehören oder dass das Fahrrad die beste und spaßigste Möglichkeit sei, sich fortzubewegen. Momentan wird ihnen dazu anscheinend zu wenig Platz eingeräumt. Bei jedem Critical Mass-Event kann man nach Anmeldung bei Metropoolrad Ruhr mit einem Gutscheincode auch ohne eigenes Fahrrad umsonst mitradeln. [lys]

# Es wird ungemütlich

Am vergangenen Samstag, den 11. Juni, öffnete das Jugendcafé Kraysch in Essen-Kray seine Türen für einen Infoabend über die Initiative „Ende Gelände. In Zusammenarbeit mit der Klimavernetzung Ruhr wurden die Aktivist\*innen in einer WDR-Dokumentation über den rheinischen Braunkohletagebau vorgestellt.

Die Klimavernetzung Ruhr ist ein Zusammenschluss verschiedener Aktivist\*innen und Gruppen. Dazu zählt unter anderem auch die Initiative Ende Gelände, die an diesem Abend im Kraysch vorgestellt wurde. Das Jugendcafé der Sozialistischen Jugend – Die Falken liegt direkt neben der lauten Bahntrasse in Essen-Kray. Sie funktioniert hervorragend als Symbol für den dortigen Infoabend. Es geht um Vernetzung. Denn mit jedem weiteren Quadratmeter, die sich die riesigen Schaufelbagger durch das rheinische Braunkohlerevier fressen, wird der Protest gegen die Fördermethode größer. Bevor es mit dem Film losgeht, begrüßt Farbi, ein Mitarbeiter des Kraysch, die Gäste. Zur ersten Veranstaltung der Art verirrt sich nur wenige Menschen in den Essener Osten. Nach der Begrüßung geht es los mit der Dokumentation *Klimaschützer gegen Stromriesen – Vom Widerstand im rheinischen Revier*. Begleitet werden verschiedenste Aktivist\*innen von Baumbesetzer\*innen im Hambacher Forst, bis hin zu Familien, die wegen der Braunkohleförderung zwangsumgesiedelt wurden.

Im Laufe der Dokumentation kommt auch der Stromproduzent RWE zu Wort. Der Konzern, der in der Region die Braunkohle fördert und in den nahegelegenen Kraftwerken verfeuert, damit Menschen im Ruhrgebiet vermeintlich günstiger Strom angeboten werden kann. Die Gäste im Kraysch schauen gebannt zu, vereinzelt schütteln sie mit dem Kopf. Nicht zu Unrecht. Denn wie Ende Gelände auf einem ausliegenden Infoblatt erklärt, ist das rheinische Abbaugelände die größte CO<sup>2</sup>-Quelle Europas. Durch das Verbrennen der Kohle in den Kraftwerken werden neben dem Treibhausgas Kohlendioxid auch noch andere Giftstoffe wie etwa Quecksilber in die Atmosphäre freigesetzt. Einer Studie von Greenpeace zufolge seien die Kraftwerke für über 50 Prozent des deutschlandweiten Quecksilberausstoß verantwortlich. Das bei Raumtemperatur flüssige Metall gilt gerade für heranwachsende Kinder als gefährlich, da es das zentrale Nervensystem schädigen kann.

## Immerath – ein Symbol für viele

Welche Folgen eine Umsiedlung für die Menschen hat, zeigt die Dokumentation ebenfalls eindrucksvoll. Elf geschluckte Dörfer, zirka 11.000 umgesiedelte Menschen – das ist die Bilanz des Braunkohletagebaus der letzten



Die Initiative Ende Gelände in Aktion: Hier bei der RWE Hauptversammlung im Mai. (Foto: mehu)

50 Jahre. In der Dokumentation wird exemplarisch der Ort Immerath gezeigt. Dort stehen die Schaufelbagger unmittelbar vor dem Ortseingangsschild. RWE nennt die Umsiedlungen und den damit verbundenen Abriss der Ortschaften „Rückbau“. Auf seiner Internetseite erklärt das Unternehmen die Maßnahmen mit den Worten: „Die rheinische Braunkohle sichert rund 15 Prozent der deutschen Stromversorgung und trägt damit nachhaltig zu einer sicheren Versorgung bei. Sie bietet fast 20.000 Arbeits- und Ausbildungsplätze bei RWE Power und bei den zahlreichen Zulieferern und Dienstleistern, viele davon aus der Region.“ Heißt im Klartext: Das Schicksal Einzelner muss für das Gemeinwohl hinten anstehen. Das wird im Film deutlich: Eine Menge Immerrather\*innen haben sich um den Dom versammelt und müssen zusehen, wie die Bagger ihn abreißen. Vielen Bewohner\*innen stehen die Tränen in den Augen. Das Kraysch ist in diesem Moment still und das Unverständnis der Leute im Raum regelrecht zu spüren. Die Umsiedlungen werden in den nächsten Jahrzehnten nicht weniger. Ganz im Gegenteil: RWE hat die Genehmigung, bis Mitte des Jahrhunderts die Braunkohle zu fördern. Dennoch gab es jetzt einen Teilerfolg für die Anwohner\*innen am Abbaugelände Garzweiler Zwei. Nach Informationen der *Rheinischen Post* werden etwa 400 Millionen Tonnen Braunkohle nun doch nicht gefördert, sodass einige Ortschaften nicht umgesiedelt werden müssen.

## Ende Gelände stellt sich vor

Nach der Dokumentation wird die Initiative Ende Gelände von einem Aktivist durch einen Vortrag vorgestellt. Und das war auch der Grundgedanke des Abends: Neue Mitstreiter\*innen zu informieren und zu motivieren. Ende Gelände ist schon seit Jahren aktiv und sorgt regelmäßig mit seinen Aktionen für mediales Aufsehen. Jüngst hat die Initiative

RWE bei dessen Hauptversammlung ein Ultimatum gestellt. Vor der Grugahalle wurde ein rotes Stoffband ausgerollt als symbolische rote Linie ausgerollt (aktuell berichtete). Die Forderung: Bis Ende August diesen Jahres soll RWE seine Kohleförderung einstellen, Konsequenzen dann gezogen werden, bleibt offen. Ende Gelände ist ein Zusammenschluss aus verschiedenen Gruppierungen. Teilweise aus der Anti-Atombewegung, den Klimacamps im Rheinland und in der Lausitz, der Waldbesetzung des Hambacher Forsts, linken Gruppierungen aber auch aus größeren Umweltorganisationen. In einem sind sich alle einig: Der Braunkohleabbau muss gestoppt werden, damit sich das globale Klima nicht weiter aufheizt. Ende Gelände kritisiert die „Heuchelei Deutschlands“. Demnach verkaufe sich Deutschland als Vorreiter in Sachen erneuerbarer Energien, ist tatsächlich aber bei der Braunkohleförderung eine der Top-Nationen. Nur China fördert noch mehr. Am Schluss des Vortrages wurde noch für das Ende August stattfindende Klimacamp im rheinischen Braunkohlerevier geworben.

RWE besitzt viel Macht. Das zeigt sich unter anderem in der Abhängigkeit vieler Kommunen. Schließlich besitzt fast jede in Nordrhein-Westfalen Aktien des Konzerns, daher muss die Kohle stimmen – bei beiden – damit RWE und die Kommunen finanziell gut dastehen. Da stören ein paar Aktivist\*innen nur kurzzeitig. Denn der Hambacher Forst wird gerodet, ob heute oder morgen – trotz des Protestes. Aber die mediale Aufmerksamkeit wird da sein. Das ist das Ziel der Klimavernetzung Ruhr, so Farbi: „Generell ist unser Ziel, im Ruhrgebiet eine größere Öffentlichkeit für den großen Themenkomplex Klimawandel zu schaffen, und die verschiedenen Bewegungen gegen diesen präsenter zu machen.“ Ende Juli ist die Klimabewegung in Duisburg zu Gast. Thema dort: „Wie bekämpft man die größte CO<sup>2</sup>-Quelle?“ [mehu]

# 14 Jahre hier, immer noch kein Zuhause

Seit etwa zwei Wochen lebt die 14-jährige Duisburgerin Bivsi R. unfreiwillig in Nepal. Nachdem sie aus dem Unterricht des Steinbart-Gymnasiums abgeholt und abgeschoben wurde, bemühen sich Lehrer\*innen, Mitschüler\*innen und deren Eltern sowie viele weitere Unterstützer\*innen, dass Bivsi und ihre Familie zurück nach Deutschland kommen dürfen. Für Überraschung sorgte nun eine Äußerung des Duisburger Oberbürgermeisters Sören Link (SPD).

Der Fall gehe ihm nahe. Er „führt uns vor Augen, wie brutal manchmal auch das Ausländerrecht in Deutschland ist“, äußert sich Sören Link gegenüber der *WDR Lokalzeit aus Duisburg* vom 8. Juni. Er habe sich dafür eingesetzt, dass Bivsi die neunte Klasse abschließen dürfe. Weiter versuche die Stadt herauszufinden, ob man Bivsi ermöglichen könne, das Abitur in Deutschland zu absolvieren. „Voraussetzung dafür wäre ein Antrag, der an die Stadt Duisburg gerichtet werden muss [...] und ich kann zusichern, da, wo wir als Stadt Duisburg handeln können, da werde ich mich im Rahmen des rechtlich Möglichen mit aller Kraft als Oberbürgermeister der Stadt Duisburg auch dafür einsetzen“, so Link, der ansonsten gerne einige Osteuropäer\*innen gegen Syrer\*innen eintauschen würde, weiter.

Hierbei gehe es aber nicht um einen Asylantrag, sondern einzig um die „Wiedereinreise zum Zweck des Schulbesuchs“, erklärt Susanne Stölting, Pressesprecherin der Stadt Duisburg. Ein entsprechender Antrag sei bereits eingereicht worden, „zuvor müssen jedoch einige Hürden genommen werden. Die Entscheidung darüber wird jedoch nicht bei der Stadt Duisburg getroffen, vielmehr sind hier deutsche und nepalesische Landes- und Bundesbehörden gefragt. Was wir von unserer Seite dazu beitragen können, werden wir tun“. Unklar bleibt, ob auch Bivsis Eltern unter dieser Voraussetzung wieder einreisen dürften. Die Obhut könnte auch ihr in Osnabrück lebender Bruder übernehmen.

Stölting betont, „rein juristisch“ habe es für die Stadt „keine Alternativen zur Abschiebung“ gegeben. Alle rechtlichen Instanzen hätten negativ über die Familie beschieden, so auch die Härtefallkommission. Zwar bekundet die Stadt, „dass [sie] als Exekutive am Ende eine gut integrierte Familie abschieben musste, ist trauriger Fakt“, ein Urteil über die Richtigkeit darüber bleibt aber aus.

In der *Welt* äußerte eine Mitschülerin, die Ordnungsdezernentin der Stadt Duisburg und wahrscheinlich bald Landesinnenministerin unter Schwarz-Gelb, Daniela Lesmeister, habe der Klasse gesagt, „dass es nichts bringt, wenn wir uns für Bivsi einsetzen und dass die Mehrheit der Menschen in Deutschland für mehr Abschiebung seien.“ Eine Aussage, die darüber hinaus, unabhängig von der konkreten Situation, einen demotivierenden Charakter trägt, sich für das soziale Umfeld und die Gesellschaft einzusetzen, weil es rechtlich keine andere Möglichkeit geben würde.

Der Auftritt Lesmeisters stünde aber, so Stöl-



Seit ihrer Geburt lebte Bivsi R. in Deutschland und ging hier zur Schule. Vor zwei Wochen wurde die Schülerin des Duisburger Steinbart-Gymnasiums aus dem Klassenzimmer geholt und abgeschoben. (Foto: fro)

ting, nicht im Widerspruch zu Links Aussagen. Lesmeister habe der Klasse „die Hintergründe erklärt, warum wir an dieser Stelle so handeln mussten und die Abschiebung unausweichlich war“. Eine Rückmeldung Lesmeisters lag bis Redaktionsschluss nicht vor. Warum sie und weitere Vertreter\*innen der Stadt Anlass sahen, Bivsis Schulklasse zu besuchen, könnte an der Reaktion der Schüler\*innen liegen, die noch vor Ort von einem Arzt und Seelsorger betreut werden mussten.

## Abschiebung nicht mehr aus dem Klassenzimmer

Dazu passt auch Links Anordnung, künftig solle es keine Abschiebungen mehr aus dem Klassenzimmer heraus geben, wie er dem *WDR* mitteilte. Dass dies möglich ist, lässt verwundern, warum man das nicht bereits früher angewandt hat. Dass Situationen wie zuletzt in Duisburg und Nürnberg, wo Schüler\*innen versuchten Polizeibeamt\*innen an der Abschiebung eines afghanischen Schülers zu hindern, traumatisierend sein können, findet auch der Seelsorger und Pfarrer Hans-Christoph Stoodt. Gegenüber *domradio.de* sagt er: „[...] Es ist nicht nur für die schlimm, die sozusagen potenziell von Abschiebung bedroht sind, sondern auch für alle anderen. Es ist so, wie wenn in einer Familie plötzlich ein vernichtender, schrecklicher Streit ausbricht, und alle sind völlig entsetzt darüber, dass so was in der eigenen Familie möglich ist.“ Solche Situationen hätten Auswirkungen auf die Sicht der Schüler\*innen auf Staat und Gesellschaft.

Und weiter erklärt er: „Mich empören Abschiebungen aus Schulen deswegen, weil Schulen erstrangige Orte der Integration und Vertrauensbildung sind. Und wenn solche Orte aus Sicht der Schüler als Sammelpunkt für mögliche Abschiebungen angesehen werden, dann wird jede Form von Prävention, von Integrationsarbeit, von Heilung verwundeter und verletzter Menschen,

kaputtgemacht.“ Strittig bleibt auch, ob die Schule eine Abschiebung hätte verhindern können, indem der Aufenthaltsort Bivsis verleugnet worden wäre.

Auf der Facebook-Seite der *WDR Lokalzeit aus Duisburg* vermuten viele User\*innen bereits, dass es sich bei den Aussagen und Anstrengungen Links um reine Taktik handele, um am 24. September als Oberbürgermeister der Stadt Duisburg wiedergewählt zu werden. Außerdem löst Links Ankündigung, nicht mehr aus dem Klassenzimmer abzuschieben, nicht das Problem der Betroffenen, sondern soll es vielmehr aus den Augen der Öffentlichkeit verlagern. Sie werden trotzdem – zum Beispiel in Nacht- und Nebelaktionen – aus Deutschland abgeschoben. Eine Praxis, für die auch die SPD exemplarisch steht. So beklagte sich Links Parteikollege, Landesinnenminister Ralf Jäger, noch Ende vergangenen Jahres über schleppende Abschiebungen.

## Bivsi soll bleiben

Während am Montag, 12. Juni, nach Redaktionsschluss eine Demonstration in Duisburg stattfand, kämpfen parallel zahlreiche Unterstützer\*innen mit einer Petition für eine Rückkehr von Bivsi und ihrer Familie nach Duisburg. Die Petition richtet sich an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages und zählt bereits 36.100 Unterschriften (Stand: 12. Juni), Ziel sind 50.000. Sollte die Petition den Ausschuss erreichen, muss dieser untersuchen, ob in den Entscheidungen und dem bisherigen Verfahren des Bundesamtes für die Anerkennung von Flüchtlingen Fehler gemacht wurden. Eine weitere Petition liegt bereits dem Petitionsausschuss des Landtags vor und wurde von der Schulpflegschaft und der Schülervertretung angestrengt. Weitere Ideen, Bivsi zurückzuholen, stellen die Anträge auf ein Kindervisum oder ein „humanitäres Visum“. [caro]

# Abschiebestopp: Eine Mogelpackung



Immer mehr Menschen nehmen an Demonstrationen gegen Abschiebungen nach Afghanistan teil. (Foto: rod)

**Kabul, 15. Mai 2017: Nahe der deutschen Botschaft erschüttert eine Explosion das Diplomaten- und Regierungsviertel der afghanischen Hauptstadt. Dabei wurden 150 Menschen getötet, Hunderte erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Im Nachgang entfachte in Deutschland eine Debatte, inwieweit Abschiebungen nach Afghanistan legitim sind.**

Geflüchtete und Migrant\*innen, die aus Afghanistan nach Deutschland kommen, haben keine gute Bleibeperspektive. Das Land ist in den Augen der deutschen Justiz ein „sicheres Herkunftsland“. Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl widersprechen jedoch dieser Einschätzung der Bundesregierung. „Die katastrophale Sicherheitssituation in Afghanistan sowie die desolote politische und ökonomische Lage gebieten es, afghanischen Flüchtlingen in Deutschland dauerhaft Schutz zu gewähren“, heißt es etwa auf ihrer Homepage. Die Bundesregierung hingegen meint, dass es durchaus sichere Ortsteile in dem von Krieg und Terror heimgesuchten Land gebe. In einer Recherche beschäftigte sich die ARD-Sendung *Monitor* mit einer dieser von der Bundesregierung als sicher eingestufteten Provinzen. Das Resultat: Auch in vermeintlich sicheren Gegenden wie Balkh kann von Sicherheit keine Rede sein (aktuell berichtete).

Nach dem Anschlag in Kabul diskutierten Akteur\*innen verschiedener Parteien über die Konsequenzen. Generell sprechen sich sowohl die CDU als auch die SPD zwar für weitere Abschiebungen nach Afghanistan aus. Momentan gilt aber ein Abschiebestopp – das hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) einige Tage nach dem Anschlag ver-

kündet. Dabei handelt es sich aber um eine Mogelpackung: Während man auf der Oppositionsbank einen kompletten Abschiebestopp fordert, soll dieser laut Bundesregierung nämlich nur so lange gelten, bis eine neue Lageeinschätzung die Situation wieder als sicher bezeichnet. „Provinz für Provinz“ solle laut Merkel die Sicherheitslage überprüft werden, teilt die *Tagesschau* mit. Bis Juli sollen Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) und Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) eine neue Lageeinschätzung vorlegen können. Irgendein Quadratmeter wird schon nicht vom Terror bedroht sein, scheint sich die Bundesregierung zu denken. Pro Asyl kontert: Die Regionen mit aktiven Kampfhandlungen nehmen nicht nur zu, auch wurden diese dramatischer. „Mal hier, mal dort kommt es eben nicht nur zu Anschlägen, sondern zu Kampfhandlungen, die eine große Zahl an Opfern zur Folge haben. Die Orte, die die Bundesregierung als wirtschaftlich moderat prosperierend ansieht, würde man gerne kennen“, so die Nichtregierungsorganisation Pro Asyl.

Der für die nächsten Wochen angekündigten Abschiebestopp enthält zudem eine Ausnahme: Eine Abschiebung nach Afghanistan soll nach Vorstellungen der Bundesregierung noch bei abgelehnten afghanischen Geflüchteten, die als terroristische Gefährder\*innen eingestuft wurden, also zunächst einmal Unschuldige, bei denen sich keine Identitätsfeststellung durchführen ließ und bei Straftäter\*innen gelten. Für die Bundesregierung scheint es eine Randnotiz zu sein, Menschen in die Hände der Taliban zu schicken. Das deutsche Strafgesetzbuch soll scheinbar weiterhin nur für Deutsche angewandt werden.

## Gängige Praxis: Abschiebepolitik

Im Fall Afghanistan wird seit Längerem vermehrt eine Abschiebepolitik durchgesetzt. Seit Ende vergangenen Jahres steht das Land auf der Liste sicherer Herkunftsländer, und Bundesinnenminister de Maizière warb auf der Afghanistan-Konferenz vergangenen Oktober in Brüssel damit, Hilfszahlungen in Höhe von 13 Milliarden Euro zu zahlen – wenn Afghanistan 80.000 nach Europa geflüchtete Afghan\*innen wieder aufnehmen würde (aktuell berichtete). Die Vorstellungen des Innenministers werden sich zumindest in nächster Zeit wahrscheinlich nicht erfüllen. Die stellvertretende afghanische Flüchtlingsministerin Alema würde einen Abschiebestopp begrüßen. „Wir hoffen, dass die Abschiebungen von afghanischen Flüchtlingen eingestellt wird“, sagte sie gegenüber der *Zeit*. Dass die Bundesregierung von ihrem Abschottungskurs abrückt, bleibt aber nach wie vor unrealistisch. Ob mit Merkel oder Martin Schulz (SPD). [fro]

## Ballern!

### RUB Sommerfest



Feierwütige Studierende kommen am Mittwoch in der wunderschönen Ruhrgebietsstadt Bochum voll und ganz auf ihre Kosten. Nach einer wahrscheinlich Hoody-losen Begrüßung durch den Rektor der Ruhr-Universität Bochum, Axel Schölmerich, startet ein buntes Programm mit Live-Bands, leckerem Essen, an Hogwarts erinnernde Zaubershows und einem spektakulären Feuerwerk. Ein Tag in einer Einrichtung schicker Belesenheit in völlig anderem Ambiente.

➤ **Mittwoch, 14. Juni, ab 16 Uhr, Ruhr-Universität Bochum, Eintritt frei**

## Begucken!

### Schimanski Doppelfeature

Holt die verstaubte Feldjacke vom Dachboden und gönnt euch zwei Krimi-Klassiker um die Duisburger Kultfigur und Top-Ermittler Horst „Schimmi“ Schimanski. Anlässlich des einjährigen Todestages von Schimanski-Darsteller Götz George am 19. Juni zeigt das Filmforum die Streifen *Kuscheltiere* und *Zabou* in einer Doppelvorbereitung. Wir empfehlen ein Schnäppchen bei jedem „Scheisse“.

➤ **Samstag, 17. Juni, 21 bis 1 Uhr, Filmforum Duisburg, Dellplatz 16, Eintritt 12 € (ermäßigt 10 €)**

## Bereichern!

### Trödelmarkt im Don't Panic

Panikkäufe mal anders. Am Sonntag steigt ab 13 Uhr im Don't Panic in Essen ein Flohmarkt. Ihr könnt dort eure Bandshirts oder anderen Klamotten verkaufen oder einfach stöbern. Der Eintritt ist frei, wenn ihr einen Stand betreiben und euren Kleiderschrank ausmisten wollt, kostet der laufende Meter schlanke 5 Euro. Also ab in die Essener Nordstadt und Schnapper abgreifen.

➤ **Sonntag 18. Juni 13.00 Uhr, Don't Panic, Viehofer Platz 2, Eintritt frei**

# Apphilfe gegen das Wegwerfen

**Tagesfrisches Essen zu einem Bruchteil des eigentlichen Preises und gratis dazu eine Portion grünes Gewissen — das versprechen Apps wie Too Good To Go (TGTG), Mealsaver und Resq. Wer eines dieser Programme nutzt, kann sich in Cafés, Restaurants und Bistros zum Ende der Öffnungszeiten eine Box vom übrig gebliebenen Essen mit nach Hause nehmen. In Hamburg, Köln und Berlin machen bereits viele Geschäfte mit – doch wie gut funktioniert der Selbstversuch im Ruhrgebiet?**

Laut eigener Aussage wurde TGTG Ende 2015 in Dänemark „von einer Handvoll Freunde“ gegründet. In Deutschland ist das Unternehmen seit Anfang 2016 aktiv, zunächst nur in Berlin und Hamburg. Nicht das Schnäppchen-Machen steht im Vordergrund, sondern die Minimierung von Lebensmittelverschwendung. Jörg Brunsmann vom WDR bezeichnete es daher auch als „einen dieser Weltverbesserungsdienste“.

## TGTG: bessere Suchfunktion

Was bis vor kurzem auch am Rechner funktionierte, kann seit einiger Zeit nur noch über die App erledigt werden: Nach Restaurants in der Nähe suchen, ein paar Infos zum ausgewählten Laden erhalten und – wenn man etwas Passendes gefunden hat – sich eine Box reservieren. Ein erster Nachteil beim Bedienen der App sind die teilweise sehr allgemeinen Beschreibungen der Restaurants, die oft scheinbar nur kopiert und eingefügt wurden. Außerdem ist bei den meisten Läden nicht gekennzeichnet, ob sie auch veganes oder vegetarisches Essen anbieten. Da ich nicht weiß, ob ich mir die Box selbst zusammen stellen kann und was am Ende darin landen wird, bin ich zögerlich – eine Portion ist mit zwei bis fünf Euro schließlich doch nicht ganz billig. Die Suche nach Restaurants in Essen löst durch das Vorhandensein des Wortes „Essen“ in vielen Restaurantbeschreibungen in anderen Städten eine wahre Sammelsurium in der Ergebnisliste aus. Tatsächlich kann man hier in der Einkaufsstadt mit der App vor allem Obst, Backwaren und Grillfleisch bei Rewe-Filialen beziehen.

Das einzige Restaurant, was bisher mitmacht, ist das Olivia culinaria italia in Rüttenscheid. 3,90 Euro kostet dort eine Box. Nachdem ich mich über die App eingeloggt und eine Box ausgewählt habe, muss ich per Paypal oder Kreditkarte die Zahlung vornehmen. TGTG begründet das Wegfallen der Barzahlung damit, dass es für die Restaurants und Geschäfte so einfacher sei – ein durchaus fragwürdiges Argument, da Restaurants auch im regulären Betrieb hauptsächlich mit Bargeld umgehen. Zur angegebenen Zeit, kurz vor Ladenschluss, hole ich mir meine Box beim Olivia ab. Das verläuft ganz einfach: Die Verkäuferin weiß Bescheid und stellt mich vor die Wahl einer vegetarischen oder fleischhaltigen Mahlzeit, sie streicht auf meinem Smartphone von links nach rechts und bestätigt so den erfolgten Verkauf der Box. Jetzt halte ich ein Ciabattabrötchen mit Gemüse-Tortilla-Füllung, Rauke und Frischkäse in den Händen. Für

3,90 Euro hätte ich ein bisschen mehr erwartet, doch ist die Portion sättigend, sehr lecker und das Olivia immerhin ein italienischer Feinkostladen. Talip Stüzer, Geschäftsführer des Olivia, ist vom TGTG-Konzept begeistert: „Wir machen seit Anfang letzter Woche mit und es läuft super – bisher verkaufen wir täglich anhand dieser App unsere Angebote“. Weniger Lebensmittelverschwendung, das sei ihm dabei am wichtigsten. Er freut sich jedoch auch über „neue Kunden, die wir sonst im täglichen Geschäft nicht sehen“. Die TGTG-Boxen werden aus Zuckerrohr, oder im Fall von Sushi-Restaurants aus Pappe, hergestellt und sind somit biologisch abbaubar. Mitgebrachte Behälter können nicht gefüllt werden, da die Portionsgröße laut TGTG immer gleich sein soll. An wiederverwendbaren Metall Dosen, die man als Kund\*in kaufen kann, werde derzeit gearbeitet.

## Resq & Mealsaver: Größe durch Fusion

Die Nutzung von Resq, Mealsaver und TGTG sind sehr ähnlich angelegt. Die Preise einer Box bei Resq liegen etwas moderater zwischen zwei und drei Euro, gezahlt werden kann auch hier nur via App und nicht bar. Statt einer Suchfunktion bietet Resq nur eine Google Maps-Karte, auf der man erst herumzoomen muss, um ein Restaurant in der gewünschten Stadt zu finden. Das macht die Bedienung ein wenig umständlich. Hat man die gewünschte Stadt endlich gefunden, wird die App nicht übersichtlicher:

Was zunächst aussieht wie die Anzahl von Restaurants in einer Stadt, entpuppt sich als gesamte Zahl von Portionen in einem Gebiet. Meine Vorfreude auf 40 Restaurants in Essen und Umgebung, die vermeintlich auf der Karte angezeigt werden, verpufft schlagartig. Stattdessen gibt es in Essen und Mülheim am Tag des Selbstversuchs insgesamt noch 40 Boxen in den Bäckereien Kara Altendorfer und Kara Schölerpad, im China Haus, China Garten und im Ho Ho zu kaufen. Duisburgs Bewohner\*innen gehen – wie bei TGTG – sogar ganz leer aus.

Die Mealsaver App gibt beim Starten den Hinweis, dass Resq und Mealsaver fusioniert haben, die Anwendung sei jedoch weiterhin nutzbar. Seit der Fusion ist Resq in Finnland, Deutschland, Schweden, den Niederlanden und Estland tätig. Eine erste Enttäuschung stellt sich wieder beim Versuch, einen Laden in Essen zu finden, ein: Obwohl Mealsaver hier aktiv sein soll, wird mir als Ergebnis nur das China Haus und der China Garten in Rüttenscheid angezeigt. Das Bezahlen einer Box ist nur durch die App per Paypal möglich – für Hungerige, die bewusst auf den Online-Bezahldienst verzichten, ist die App somit nicht nutzbar. Die Boxen von Resq bestehen wie die von TGTG

aus Zuckerrohr und sind kompostierbar. Die Sinnhaftigkeit von Lebensmittelrettungs-Apps wie TGTG, Mealsaver und Resq ist zu hinterfragen. Zunächst machen sie den Eindruck einer ethisch korrekten Möglichkeit, günstiger an Nahrungsmittel zu kommen, bei der alle Beteiligten profitieren. Doch drängt sich wie bei anderen Angeboten der sogenannten Sharing Economy die Frage auf, wer am Ende am meisten von diesem Konzept hat. Auf der FAQ-Seite des Unternehmens gibt TGTG an, einen Euro pro verkaufter Box zu behalten und legt dar, welche Unternehmenskosten damit gedeckt werden sollen. Resq zeigt sich weniger transparent: Informationen zu ihren Einnahmen sind nicht frei zugänglich, die Nachfrage wurde bis Redaktionsschluss nicht beantwortet.

Ein weiterer Kritikpunkt liegt in den technischen Barrieren der Unternehmenskonzepte



So gut kann Lebensmittelrettung aussehen: Eine vegetarische TGTG-Box (Foto: lenz)

begründet: Nur mit Kreditkarte oder Paypal ausgestattete Menschen, die zudem Zugang zu einem Computer oder Smartphone haben müssen, können ihre Angebote überhaupt wahrnehmen – Menschen, die vermutlich ohnehin schon eine Auswahl an Angeboten in einer breiten Preisspanne haben. Die Nutzung solcher Anwendungen wirkt wie eine sehr angepasste, gut konsumierbare Protesthaltung. Gegen die Verschwendung! Das ist hier das Credo. Mit echtem Engagement, wie es etwa Foodsharing-Aktivist\*innen an den Tag legen, oder gar einem subversiven Lebenswandel von containernden Menschen – die für ihr Handeln auch Geld- und Haftstrafen in Kauf nehmen müssen – hat die Nutzung der Apps wenig gemein. Da Restaurants übrig gebliebene Portionen jedoch nicht etwa an die Tafel abgeben dürfen, sind die Apps zumindest ein erstes Mittel gegen Lebensmittelverschwendung in der Gastronomie. Wer eine der Apps nutzen will, tut dies derzeit am besten noch während eines Ausflugs, zum Beispiel ins Rheinland. Dort können sich Resq-Nutzer\*innen zurzeit in Köln durch 41 und in Düsseldorf 66 Restaurants probieren. Wer sich für TGTG entscheidet, kann immerhin aus 48 Lokalen in Köln und 31 in Düsseldorf wählen. [lenz]

# Trinken und Fußballspielen?

## Bei der DFM Bruder und Schwester



Nach dem Finalsieg im Spiel der Essener gegen Würzburg war der Jubel auf dem Spielfeld groß. (Foto: dav)

Seit 2002 treten Teams verschiedener Universitäten bei der Deutschen Fußballmeisterschaft der Mathematiker (DFM) gegeneinander an. Nachdem im vergangenen Jahr ein Team der Fachschaft Mathematik der Universität Duisburg-Essen (UDE) überraschend den Sieg in Mainz holte, fand die DFM dieses Jahr in Essen statt. Und tatsächlich stand bei den Mixed-Teams erneut ein Essener Team ganz oben auf dem Treppchen. Bei den Frauen gewann das Team aus Mainz.

An zwei Spieltagen, dem 10. und 11. Juni, kämpften Mannschaften verschiedener Universitäten auf der Sportanlage im Löwental in Essen-Werden um einen Platz auf dem Siebertreppchen. Nach der Gruppenphase mit jeweils sechs Mannschaften am Samstag, schlossen sich am Folgetag die Finalspiele an. Außerdem traten drei Damenmannschaften gegeneinander an. „Insgesamt waren 27 Teams aus ganz Deutschland da. Zum Beispiel aus Magdeburg, Würzburg, Trier, Potsdam, Stuttgart, Ilmenau oder Wuppertal“, erzählt Jennifer Schollmeier von der Fachschaft Mathematik. Sie selbst spielt in einem der sechs Teams, die aus Essener Mathematik-Studierenden besteht. Der Teamname: *Die Belämmerten*. „Das ist unser schlechtestes Team, unsere Spaßmannschaft“, sagt Jennifer.

Mit der Spaßtruppe holte sie immerhin einen beachtlichen zehnten Platz. „Wir hätten bestimmt noch Platz Acht erreichen können, wir hatten nur nicht genügend Leute auf dem Platz“, erklärt sie. Das hätte vor allem an der Abendgestaltung, die aus sogenannten Player’s-Party, Bier-Pong oder Flunkyball-Turnieren besteht, gelegen. „Bei den Belämmerten haben einige schon nach der Feier am Freitag aufgegeben oder mussten aufs Spielfeld geschleift werden“, sagt Jennifer und fügt mit einem Lachen hinzu: „Trinken und Fußballspielen sind bei der DFM quasi Bruder und Schwester.“

### Fußballgötter auf dem Olymp

Mit mehr sportlichem Ehrgeiz ist das Sieger-Team *Die Fußballgötter – den sein Großcousin* angetreten. „Wir sind wegen Fußball hier hingekommen, haben gestern zwei oder drei Bierchen getrunken, aber auch echt nicht zu viel. Vielleicht war das der Grund für unseren Sieg. Ich weiß nicht genau, was

die anderen gemacht haben“, schmunzelt Niklas Hansen, der, wie fast alle Teamkollegen, im zweiten Semester Mathematik studiert. Beinahe makellos hatte sich das Team bei der DFM präsentiert – nur das erste Spiel ging verloren. „Da sind wir zu spät gewesen. Wir haben uns um 9 zum Zelt aufbauen getroffen, aber dann haben wir es verpeilt hier hinzukommen“, sagt Niklas. Alle Teams campen in unmittelbarer Nähe zum Platz. Das Namensanhängsel *den sein Großcousin* sei übrigens ohne Bedeutung. „Das sagt man doch so *den sein Vater* und wir haben dann eben *den sein Großcousin* genommen“, will Niklas gerade erklären, als einer seiner Teamkollegen ruft: „Das sagt kein Mensch so!“

Im Finale der Mixed-Teams setzten sich die Fußballgötter mit 1-0 gegen das Team aus Würzburg durch. Bei den Damen musste sich das Team der UDE den Fußballerinnen aus Mainz geschlagen geben. „Auch wenn wir nicht wirklich mit dem Sieg gerechnet haben“, sagt Mainzerin Amanda Ruegenberg, die zum ersten Mal an der DFM teilnimmt. Neben dem Damenpokal haben sich die Mainzer\*innen durch mitgebrachte Trommel und Pyro-Technik auch den Unterhaltungs-Pokal gesichert. „Es gibt immer noch Pokale abseits der ersten drei. Letztes Jahr in Mainz hatten wir zum Beispiel noch einen Pokal für den letzten Platz. Teilweise gibt es dann auch Pokale, die auf der Trinkleistung der Teams basieren, das gab es aber dieses Mal nicht“, erzählt Lukas Pensel aus dem Mainzer Mixed-Team, der mit seiner sechsten Teilnahme schon ein wahrer DFM-Veteran ist.

### Wer heizt am meisten ein?

Harte Konkurrenz um den Unterhaltungs-Pokal kam dabei aus Trier. „Wir haben die meiste Stimmung gemacht“, behauptet Elina Gerlitz von den *Magic Eulers*, die zum fünften Mal dabei ist. Und sie hat auch direkt eine Erklärung parat, warum es bei ihrer Mannschaft nur für den dritten und letzten Platz bei den Damen gereicht hat. „Ich finde diese altmodische Methode mit den Toren ein bisschen langweilig. Es geht doch eigentlich um Beinis und nicht um Tore. Hätten wir um Beinis gespielt, hätten wir Trierer jedes Spiel haushoch gewonnen, aber das zählt in Essen ja nicht. Wir haben nicht damit gerechnet, jetzt hier auf Tore schießen zu

### Kurzgefasst

#### Bezwingt Takeshi!

Wer erinnert sich nicht, wie früher im Fernsehen wagemutige Kandidat\*innen versuchten, *Takeshi’s Castle* zu erobern – stets erfolglos. An der UDE können Studierenden bereits zum zweiten Mal ebenfalls gegen Takeshi’s Fachschaften antreten, diesmal auf dem Essener Campus.

Am Dienstag, 20. Juni, verwandelt sich die Campuswiese in Essen ab 13 Uhr in einen Hindernis-Parcours. An zehn Stationen messen die Teilnehmenden in Teams von drei bis fünf Personen ihr sportliches Können. Dabei gibt es unter anderem einen Hüpf-Parcours, eine Slackline und ein Schaumbad.

Neben der sportlichen Betätigung wird auch für das leibliche Wohl gesorgt. Vor Ort erhalten Teilnehmende Getränke für einen Euro und im Anschluss an den kräftezehrenden Parcours wird ab 18 Uhr vor Ort gegrillt. Auch hier kann für einen kleinen Obolus mit fleischigen oder veganen Speisen Kraft getankt werden.

Takeshi’s Fachschaften hat Kapazitäten für 300 Teilnehmer\*innen. Das Fachschaftenreferat bittet deshalb um Anmeldung bis Freitag, 16. Juni unter [takeshi@asta-due.de](mailto:takeshi@asta-due.de). Kreative Team-Namen sollen direkt mitgeschickt werden und witzige Kostüme sind ebenfalls gern gesehen. Dabei können nicht nur Studierende der Universität Duisburg-Essen Teil des Teams sein, auch Externen steht eine Anmeldung offen.

Wem teilnehmen dann doch zu viel ist, ist auch gern als Zuschauer\*in oder Hilfskraft beim Parcours gesehen. Die aktuell hat es sich zumindest nicht nehmen lassen, auch ein Team zu stellen. Natürlich mit dem Ziel, am Ende den Pokal in den Händen zu halten. Wir sehen uns auf dem Schlachtfeld. [dav]

müssen. Außerdem war der Schiri Essener“, sagt sie mit einer Stimme, der man das vorangegangene lautstarke Wochenende durchaus anhört.

Auch wenn ein Essener Team am Ende den Pokal geholt hat, scheint es, dass im nächsten Jahr erstmals nicht die Stadt der Gewinner\*innen das Turnier ausrichten wird. Bereits im Vorfeld hatte die Fachschaft Mathe der UDE angekündigt, auch bei einem Sieg die DFM nicht erneut auszurichten. Zwar sei die Organisation ganz gut gelaufen, so Timo Paßlack von der Fachschaft und eine\*r der Hauptorganisator\*innen. Allerdings seien es doch recht umfangreiche Planungen. „Als wir den Kontakt zur Stadt Essen aufgenommen haben, das war so September, da haben wir recht schnell einen Platz gefunden und auch die vom Platz waren sehr kooperativ. Da kann ich nur ein großes Lob aussprechen und Danke sagen“, lobt Timo. Wo die DFM 2018 ausgetragen wird, stehe zur Zeit noch nicht fest, „aber es gibt mehrere Bewerber“. [dav]

# Wer verdient den Maulkorb?

**Klagt ein Berliner Geschichtsprofessor gegen einen AStA aus Bremen wegen Verleumdung. Das aber in Köln. Bekommt der Professor zunächst Recht, dann aber doch nicht. Es geht um Meinungsfreiheit, um Geschichtsfälschung, um Radikalität. Keiner hat so richtig Recht. Oder doch? Die Verwirrung ist komplett.**

Es ist Ende September 2016. Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung hat Jörg Baberowski, Geschichtsprofessor an der Humboldt-Universität Berlin (HU), zu einem Vortrag nach Bremen geladen. Eigentlich sollte der Vortrag, in dem Baberowski über sein 2015 erschienenes Buch *Räume der Gewalt* sprechen wollte, an der Universität Bremen stattfinden. Doch der AStA stellte sich quer: Man wolle verhindern, dass „rechtsextreme Ideologen ihre Lehre an dieser Universität propagieren“. Es stellt sich die Frage, ob intellektuelle Auseinandersetzungen – obgleich der politischen Gesinnung – an die Universität gehören oder nicht. Antwort: Unklar. Der Vortrag findet jedenfalls statt, wenn auch nicht am Bremer Campus.

Der Diskurs um Baberowski ist ein lange geführter und doch undurchsichtiger. Er gilt einerseits als Osteuropa-Experte und Gewaltforscher, wurde aber schon mehrfach wegen seinen Aussagen zum Nationalsozialismus und der Geflüchtetenkrise kritisiert. In einem Gespräch mit dem *Spiegel* sagte er beispielsweise vergleichend zu Josef Stalin: „Hitler war kein Psychopath, er war nicht grausam“, und stellt die deutschen und die russischen Verbrechen unter Stalin als „im Grunde das Gleiche“, nämlich als „industrielle Tötung“ dar. Er polarisiert und provoziert. Für den Bremer AStA stand fest: Baberowski verbreite erschreckend brutale gewaltverherrlichende Thesen. Er verharmlose das Anzünden und Belagern von Flüchtlingsunterkünften als natürliche Reaktion verärgerter Bürger\*innen, begegne Menschen mit blankem Hass. Er sei rechtsradikal und rassistisch. Für den Professor stand fest: Das ist Verleumdung. Die Aussagen würden verkürzt dargestellt. Deshalb reichte er im Eilverfahren eine Unterlassungsklage bei dem Kölner Oberlandesgericht (OLG) ein.

## AStA gegen Barberowski: Ein Gesellschaftsthiller

Und warum jetzt nochmal in Köln? Weil das Ge-

richt bundesweit als eines gilt, dass besonders häufig Publikationsverbote verhängt. Damit wäre die Verwirrung um den Ort schon einmal geklärt. Bleibt trotzdem noch die Frage: Wer hat denn nun eigentlich Recht? In erster Instanz urteilte das OLG: Der AStA darf den Professor weiterhin als Rechtsradikalen bezeichnen – unabhängig davon, ob die Aussage richtig oder falsch sei – da diese Einschätzung unter die Meinungsfreiheit falle. Andere Äußerungen seien dem AStA jedoch untersagt. Doch damit war der Streit noch nicht beigelegt. Die Studierendenvertretung ging in Berufung, ihnen ging das Urteil nicht weit genug. Also: Alles wieder auf Anfang. Im politischen Meinungskampf seien extreme Meinungsäußerungen zulässig, ließ das Gericht daraufhin verlautbaren. Und das, obwohl sich der AStA bei seinen Äußerungen auf Zitate von Baberowski berief, die in gewisser Weise aus dem Sinnzusammenhang gerissen waren. Dennoch sei eine klare Relativierung der zitierten Aussagen zu erkennen, so das OLG. Gleichzeitig stellen sich der Rektor der HU und andere Wissenschaftler\*innen hinter den umstrittenen Historiker: Freie Meinungsäußerung gelte schließlich auch für die Wissenschaft.

Und der Professor? Dieser beklagte gegenüber der *Zeit*, dass die Hetzkampagne gegen ihn sein Privatleben zerrütten würde. Aktivist\*innen der sozialistischen Gruppierung International Youth and Students for Social Equality (IYSSE) machen neben dem Bremer AStA gegen Baberowski mobil. Sie verteilen Flugblätter mit Warnhinweisen gegen ihn. Sie werfen ihm vor „neue Kriege vorzubereiten“. Der Professor fühlt sich verfolgt, werde fotografiert, gefilmt, bekomme Drohanrufe. Um das Durcheinander komplett zu machen sei erwähnt, dass Baberowski, der inzwischen gegen linke Gruppierungen und Radikale hetzt, früher selbst einmal Mitglied beim Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) war. Grund: Sein Vater war in der Wehrmacht. Das Ganze könnte auch das Drehbuch für einen Gesellschaftsthiller sein. Was die ganzen Twists des Plots jedoch erreicht haben: einen Diskurs darüber, was in Deutschland in Bezug auf Antisemitismus, Nationalsozialismus und die Geflüchtetenkrise gesagt werden darf und was nicht. Was noch Meinungsfreiheit ist und was Verleumdung. Nur eine eindeutige Auflösung gibt es trotz der Urteile nicht. Passt irgendwie. **[rat]**

### HIRNAKROBATIK

	7	8	5		9	
1	6		7	9		
2				3	6	
		6				
8	4	6	5	1		7
				8		
	8		1			9
			5	9		1
		1		4	6	8

### WOHNHEIMGESCHICHTEN



### Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

**Herausgeber:** AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Nadine Bendahou u.a.

**Projektkoordination:** Christian Patz

**Anschrift:** aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

**Comic:** Jennifer van de Sandt

**Gestaltung:** Alexander Bönninger

**Redaktion dieser Ausgabe:** Maren Wenzel (mac),

Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Meiko Huismann (mehu), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleimann (lys), Robin Dullinge (rod), Mirjam Ratmann (rat), Lorenza Kaib (lenz)

**V.i.S.d.P.:** Philipp Frohn (fro)

**Auflage/Druck:** 5.000 / Megadruck, Westerstede

**E-Mail:** redaktion@akduell.de

**Web:** www.akduell.de